

Ulrike Rodust:

Unbürokratische Hilfe bei Problemen mit Behörden von EU-Ländern

Bürger und Unternehmen in Deutschland, die Probleme mit Behörden anderer Mitgliedstaaten haben, weil diese die EU-Binnenmarktvorschriften nicht korrekt anwenden, können sich an eine Streitschlichtungsstelle im Bundeswirtschaftsministerium, die „Solvit-Stelle“, wenden. Darauf weist die europapolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Ulrike Rodust, hin. „Diese Stelle ist Teil des von der Europäischen Kommission geschaffenen Problemlösungsnetzwerkes, das in den Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten angesiedelt ist.“

Jeder Fall wird von der Solvit-Stelle in Berlin geprüft, mit spezieller Software online erfasst und an die Solvit-Stelle des anderen Mitgliedstaates weitergeleitet, die dann innerhalb von zehn Wochen eine Problemlösung vorschlagen soll. Als Beispiele, wo Solvit bei der Lösung konkreter Problemfälle helfen kann, nennt die Abgeordnete Marktzugang für Waren und Dienstleistungen, Niederlassungsfreiheit, Anerkennung beruflicher Qualifikation, Aufenthaltserlaubnis, Grenzkontrollen, Steuern, Kraftfahrzeug-Zulassung oder öffentliches Auftragswesen. „Ziel ist es, Bürgern und Unternehmen einen kostengünstigen und kurzfristigen Service zu bieten, um Problemfälle des europäischen Binnenmarktes zu lösen“, erläutert Ulrike Rodust. Der enge bilaterale Kontakt zwischen den Solvit-Stellen ermögliche eine unbürokratische Behandlung des Falles und stelle damit eine interessante Alternative zu den herkömmlichen Beschwerdeverfahren dar.

In einer Veranstaltung des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Union in Brüssel erstattet Ulrike Rodust für den Ausschuss der Regionen, in dem sie Mitglied ist, heute Bericht über Erfahrungen in Deutschland mit dem Solvit-System, das offiziell im Juli gestartet wurde.